Verordnung über die ärztliche Beurteilung der Schutzdienstpflichtigen (VABS)

520.15

vom 5. Dezember 2003 (Stand am 12. Juli 2005)

Der Schweizerische Bundesrat,

gestützt auf Artikel 75 Absatz 1 des Bundesgesetzes vom 4. Oktober 2002¹
über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG),

verordnet:

1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Gegenstand

¹ Diese Verordnung regelt:

- a. die Beurteilung der Tauglichkeit zur Leistung von Schutzdienst (Diensttauglichkeit);
- b. die Beurteilung der Fähigkeit von Schutzdienstpflichtigen, einen bevorstehenden Dienst aus medizinischer Sicht leisten zu können (Dienstfähigkeit).

² Die Beurteilung der Diensttauglichkeit und der Dienstfähigkeit erfolgt aufgrund ärztlicher Untersuchungsergebnisse, ärztlicher Zeugnisse sowie weiterer Berichte.

Art. 2 Zuständigkeiten

¹ Der Bund ist für die ärztliche Beurteilung der Diensttauglichkeit zuständig. Das Verfahren richtet sich nach den Artikeln 27–45 der Verordnung vom 9. September 1998² über die medizinische Beurteilung der Diensttauglichkeit und der Dienstfähigkeit (VMBDD).

² Für die ärztliche Beurteilung der Dienstfähigkeit der Schutzdienstpflichtigen sind die Kantone zuständig; sie bestimmen dafür Vertrauensärztinnen und Vertrauensärzte. Vorbehalten bleibt Artikel 15 Buchstabe b.

AS 2003 5179

¹ SR 520.1

² [AS 1998 2656, 2002 723 Anhang 2 Ziff. 3. AS 2004 4955 Art. 17 Abs. 1]. Heute: die V vom 24 Nov. 2004 (SR 511.12).

2. Kapitel: Ärztliche Beurteilung der Diensttauglichkeit

1. Abschnitt:

Feststellung der Diensttauglichkeit anlässlich der Rekrutierung

Art. 3   Ärztlich zu Beurteilende

Anlässlich der Rekrutierung sind ärztlich auf ihre Diensttauglichkeit zu beurteilen:

- a. militärdienstuntaugliche Männer;
- b. eingebürgerte Männer ab dem Jahr, in welchem sie 26 Jahre alt werden;
- c. Freiwillige.

Art. 4   Ärztliche Entscheide

¹ Die ärztlichen Entscheide lauten:

- a. schutzdiensttauglich;
- b. zurückgestellt bis ... (höchstens zwei Jahre);
- c. untauglich.

² Zurückgestellt werden Personen, deren Diensttauglichkeit zum Zeitpunkt der Beurteilung unklar ist oder nicht abschliessend beurteilt werden kann.

³ Untauglich sind Personen, welche die zwingenden Untauglichkeitskriterien für Dienstleistungen im Zivilschutz erfüllen und folglich auf Grund körperlicher oder psychischer Defizite nicht in der Lage sind, den Schutzdienst ordnungsgemäss zu leisten. Personen, welche als untauglich erklärt wurden, können auch nicht freiwillig Schutzdienst leisten.

Art. 5   Zuständigkeit

Zuständig für die ärztliche Beurteilung der Diensttauglichkeit ist die Untersuchungskommission Rekrutierung (UCR; Art. 25 Abs. 1 Bst. a VMBDD³) in den Rekrutierungszentren. Wenn die bei den Akten liegenden ärztlichen Zeugnisse oder weiteren Berichte zur ärztlichen Beurteilung genügen, kann auch die UC des Militärärztlichen Dienstes (UC UG San; Art. 25 Abs. 1 Bst. e VMBDD) im Einzelfall einen Entscheid in Abwesenheit der zu beurteilenden Person fällen.

Art. 6   Eröffnung des Entscheids

¹ Der Vorsitzende der UCR eröffnet der beurteilten Person den Entscheid mündlich mit Begründung und Hinweis auf ein allfälliges Leiden und klärt sie über ihre Rechtsmittel auf.

² Jeder UCR-Entscheid wird zudem schriftlich mittels Formular eröffnet.

³ [AS 1998 2656, 2002 723 Anhang 2 Ziff. 3, AS 2004 4955 Art. 17 Abs. 1]. Heute: die V vom 24 Nov. 2004 (SR 511.12).

³ Mit dem Zugang des Formulars an die beurteilte Person beginnt die Beschwerdefrist von 30 Tagen zu laufen.

2. Abschnitt: Überprüfung der Diensttauglichkeit der Schutzdienstpflichtigen

Art. 7 Antragsrecht

Die ärztliche Beurteilung zur Überprüfung der Diensttauglichkeit können verlangen:

- a. die Schutzdienstpflichtigen, welche nicht im Dienst stehen;
- b. der behandelnde Arzt oder die behandelnde Ärztin für die Schutzdienstpflichtigen, welche nicht im Dienst stehen;
- c. der Zivilschutz-Kommandant;
- d. die zuständigen Ärzte und Ärztinnen nach Artikel 15;
- e. die für den Zivilschutz zuständige Stelle des Kantons in Wahrnehmung ihrer Aufsichtspflicht;
- f.⁴ die Militärversicherung für ihre Versicherten;
- g. der Militärärztliche Dienst (MAD) der Untergruppe Sanität (UG San) im Generalstab.

Art. 8 Antrag

¹ Die nach Artikel 7 Buchstaben a–d Berechtigten reichen ihren begründeten Antrag bei der für den Zivilschutz zuständigen Stelle des Kantons zuhanden des MAD ein.

² Dem Antrag ist das Dienstbüchlein und in verschlossenem Umschlag ein allfälliges Arztzeugnis beizulegen.

Art. 9 Entscheid

¹ Der MAD entscheidet über den Antrag.

² Wird der Antrag gutgeheissen, so leitet der MAD mittels Aufgebot das Verfahren der ärztlichen Beurteilung ein. Er bestimmt die für die Beurteilung zuständige Untersuchungskommission (UC). Wenn die bei den Akten liegenden ärztlichen Zeugnisse oder weiteren Berichte zur ärztlichen Beurteilung genügen, kann auch die UC UG San im Einzelfall einen Entscheid in Abwesenheit der zu beurteilenden Person fällen.

³ Wird der Antrag gutgeheissen, so teilt der MAD dies der schutzdienstpflichtigen Person, dem Antragsteller sowie der für den Zivilschutz zuständigen Stelle des Kantons schriftlich mit.

⁴ Fassung gemäss Anhang Ziff. 6 der V vom 27. April 2005, in Kraft seit 1. Juli 2005 (AS 2005 2885).

⁴ Wird dem Antrag nicht stattgegeben, so teilt der MAD dies der schutzdienstpflichtigen Person sowie dem Antragsteller schriftlich mit.

Art. 10   Aufgebot

- ¹ Wer vor eine UC vorgeladen wird, bekommt ein Aufgebot.
- ² Die Schutzdienstpflichtigen, welche ein Aufgebot vor eine UC erhalten, sind bis zur ärztlichen Beurteilung von weiteren Dienstleistungen dispensiert.
- ³ Wer unentschuldigt nicht erscheint, wird disziplinarisch bestraft.

3. Abschnitt: Rechtsmittel

Art. 11   Beschwerdebefugnis und Beschwerdeverfahren

- ¹ Gegen UCR- und UC-Entscheide kann Beschwerde geführt werden.
- ² Beschwerdeberechtigt sind:
- a. die beurteilte Person oder deren gesetzlicher Vertreter;
  - b.⁵ die Militärversicherung;
  - c. die medizinische Leitung der psychiatrischen Kliniken und Spitäler, der Anstalten für Epileptiker, der Heilanstalten für Alkoholiker sowie der Drogentherapiestationen;
  - d. die Ärzte des MAD.
- ³ Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach den Artikeln 47–51 VMBDD⁶.

Art. 12   Revision

- ¹ Die Revision ist jederzeit zulässig, wenn:
- a. neue medizinische Tatsachen oder Veränderungen des Gesundheitszustandes nach erfolgtem Entscheid eingetreten sind, die eine neue Beurteilung rechtfertigen;
  - b. Tatsachen, die für den Entscheid massgebend sind, der UCR oder der UC nicht bekannt waren;
  - c. im Verfahren der ärztlichen Beurteilung Vorschriften verletzt wurden, deren Beachtung aller Wahrscheinlichkeit nach zu einem anderen Entscheid geführt hätte.

⁵ Fassung gemäss Anhang Ziff. 6 der V vom 27. April 2005, in Kraft seit 1. Juli 2005 (AS **2005** 2885).

⁶ [AS **1998** 2656, **2002** 723 Anhang 2 Ziff. 3. AS **2004** 4955 Art. 17 Abs. 1]. Heute: die V vom 24. Nov. 2004 (SR **511.12**).

² Zur Einreichung eines Revisionsgesuchs sind alle Beschwerdeberechtigten befugt.

³ Das Revisionsverfahren richtet sich nach Artikel 53 VMBDD⁷.

3. Kapitel: Ärztliche Beurteilung der Dienstfähigkeit im Zusammenhang mit einer Dienstleistung

Art. 13   Ärztlich zu beurteilende Schutzdienstpflichtige

Ärztlich zu beurteilen sind die zu einer Dienstleistung des Zivilschutzes aufgebotenen Schutzdienstpflichtigen, welche:

- a. aus gesundheitlichen Gründen nicht einrücken können;
- b. sich bei der sanitärischen Eintrittsbefragung melden;
- c. im Laufe des Dienstes ärztliche Behandlung benötigen;
- d. sich bei der sanitärischen Austrittsbefragung melden.

Art. 14   Ärztliche Entscheide

¹ Die ärztlichen Entscheide lauten wie folgt:

- a. aus gesundheitlichen Gründen dispensiert;
- b. beim Einrücken aus gesundheitlichen Gründen entlassen;
- c. in hausärztliche Behandlung entlassen;
- d. in das Spital evakuiert;
- e. geheilt entlassen.

² Aus gesundheitlichen Gründen dispensiert wird, wer aus gesundheitlichen Gründen nicht einrücken kann.

³ Beim Einrücken aus gesundheitlichen Gründen entlassen wird, wer beim Einrücken den Dienst nicht leisten kann.

⁴ In hausärztliche Behandlung entlassen oder in das Spital evakuiert wird, wer den Dienst aus gesundheitlichen Gründen nicht zu Ende leisten kann und einer ambulanten bzw. stationären ärztlichen Behandlung über das Ende der Dienstleistung hinaus bedarf.

⁵ Als geheilt entlassen wird eine in hausärztliche Behandlung entlassene oder in das Spital evakuierte Person nach Abschluss der Behandlung.

⁶ Sind Schutzdienstleistende vorübergehend nicht voll dienstfähig, so sind sie nach Anweisung des zuständigen Arztes oder der zuständigen Ärztin zu betreuen oder von einzelnen Tätigkeiten zu dispensieren.

⁷ [AS 1998 2656, 2002 723 Anhang 2 Ziff. 3. AS 2004 4955 Art. 17 Abs. 1]. Heute: die V vom 24 Nov. 2004 (SR 511.12).

⁷ Ist eine Überprüfung der Diensttauglichkeit nötig, so stellen die zuständigen Ärzte und Ärztinnen nach Artikel 15 dem MAD einen entsprechenden Antrag und legen die ärztlichen Dokumente bei.

Art. 15 Zuständigkeiten

Zuständig für die ärztliche Beurteilung sind:

- a. für Entscheide nach Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe a: der Vertrauensarzt oder die Vertrauensärztin der anbietenden Stelle;
- b. für Entscheide nach Artikel 14 Absatz 1 Buchstaben b–d: der Arzt oder die Ärztin, welcher oder welche für die ärztliche Versorgung anlässlich der Dienstleistung (auf Bundesebene oder auf kantonaler Ebene) verantwortlich ist;
- c. für Entscheide nach Artikel 14 Absatz 1 Buchstaben c und e: der zuständige Arzt oder die zuständige Ärztin des Spitals.

Art. 16 Vertrauensärzte und Vertrauensärztinnen

Die Vertrauensärzte und die Vertrauensärztinnen werden durch die zuständige kantonale Behörde bezeichnet und entschädigt.

Art. 17 Untersuchung durch den Vertrauensarzt oder die Vertrauensärztin

¹ Kann der Vertrauensarzt oder die Vertrauensärztin nicht aufgrund der Unterlagen über die Dienstfähigkeit entscheiden, so sind die zu beurteilenden Schutzdienstpflichtigen zu untersuchen.

² Die Schutzdienstpflichtigen sind durch die für den Zivilschutz zuständige Stelle des Kantons zur ärztlichen Untersuchung aufzubieten.

³ Können sie aus gesundheitlichen Gründen nicht einrücken, so können sie angewiesen werden, sich zur ärztlichen Untersuchung verfügbar zu halten.

Art. 18 Kostentragung

¹ Der Kanton trägt die Kosten der Beurteilung durch seine Vertrauensärzte und Vertrauensärztinnen sowie der von diesen veranlassten fachärztlichen Untersuchungen.

² Die Schutzdienstpflichtigen tragen die Kosten der von ihnen beigebrachten Arztzeugnisse.

Art. 19 Rechte und Pflichten der Schutzdienstpflichtigen

¹ Die ärztlich zu beurteilenden Schutzdienstpflichtigen haben sich gemäss Artikel 26 Absatz 1 BZG vertrauens- und fachärztlichen Untersuchungen nach Anordnung der für den Zivilschutz zuständigen Stelle des Kantons zu unterziehen. Widerhandlungen sind nach Artikel 68 Absatz 1 Buchstabe a BZG strafbar.

² Vertrauens- und fachärztliche Untersuchungen ausserhalb eines Dienstanlasses begründen keinen Anspruch auf Sold, Erwerbsausfallentschädigung oder Rückerstattung von Auslagen; auch sind die Schutzdienstpflichtigen nicht militärversichert.

4. Kapitel: Gemeinsame Bestimmungen

Art. 20 Verschwiegenheitspflicht

Die an der ärztlichen Untersuchung und Beurteilung beteiligten bzw. anwesenden Personen sind verpflichtet, alle Wahrnehmungen als Dienst-, Amts- oder Berufsgeheimnis zu wahren.

Art. 21 Datenbearbeitung

¹ Die sanitätsdienstlichen Daten der Schutzdienstpflichtigen (insbesondere UCR- und UC-Entscheide sowie Begründungen zu Begehren um ärztliche Beurteilungen) im Zusammenhang mit der Beurteilung der Diensttauglichkeit werden im Medizinischen Informationssystem der Armee (MEDISA) bearbeitet.

² Die sanitätsdienstlichen Daten im Zusammenhang mit der Dienstfähigkeit werden von den Vertrauensärzten oder den Vertrauensärztinnen der Kantone archiviert.

³ Geht es um die Abklärung der Diensttauglichkeit, so sind die sanitätsdienstlichen Daten der Kantone dem MAD zur Verfügung zu stellen.

⁴ Die Bearbeitung der sanitätsdienstlichen Daten richtet sich nach den Artikeln 14–20 VMBDD⁸.

5. Kapitel: Schlussbestimmungen

Art. 22 Vollzug

Die zuständigen Stellen des Bundes und die Kantone vollziehen diese Verordnung im Rahmen ihrer Zuständigkeiten.

Art. 23 Aufhebung bisherigen Rechts

Die Verordnung des EJPD vom 19. Oktober 1994⁹ über die ärztliche Beurteilung der Schutzdienstpflichtigen wird aufgehoben.

⁸ [AS 1998 2656, 2002 723 Anhang 2 Ziff. 3. AS 2004 4955 Art. 17 Abs. 1]. Heute: die V vom 24 Nov. 2004 (SR 511.12).

⁹ [AS 1994 2749]

Art. 24 Änderung bisherigen Rechts

Die Verordnung vom 10. April 2002¹⁰ über die Rekrutierung (VREK) wird wie folgt geändert:

Art. 13 Abs. 4

...

Art. 27 Abs. 4

...

Art. 25 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2004 in Kraft.

¹⁰ SR **511.11**. Die hiernach aufgeführten Änd. sind eingefügt im genannten Erlass.